

## Joris Ide Gruppe entscheidet sich für Ansbach

Die belgische Joris Ide Gruppe, Hersteller von Stahlprodukten für die Bauindustrie, wird ihre Deutschland-Zentrale in Ansbach aufbauen. Diese Woche fand die Grundsteinlegung für das geplante Produktionswerk im Ansbacher Ortsteil Brodswinden statt. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (FDP) begrüßt die Entscheidung des Unternehmens: „Ich freue mich sehr darüber, dass sich die Joris Ide Gruppe für den Regierungssitz in Mittelfranken entschieden hat. Durch die Investition entstehen viele neue Arbeitsplätze in den Bereichen Verwaltung, Produktion und Logistik. Damit handelt es sich um eine der bedeutendsten Investitionen der letzten Jahre in der Region. Sie wird Ansbach auch für die Zukunft weiter stärken.“

Der Standort hat sich unter anderem aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage gegen andere Städte bundesweit durchgesetzt. Bereits im Frühjahr 2013 soll die Produktion von Stahlprofilen und weiteren Stahlprodukten anlaufen. Von Ansbach aus wird die Joris Ide Gruppe den zentral-europäischen Markt intensiver bearbeiten.

Die Joris Ide Gruppe mit Hauptsitz im belgischen Zwevezele ist aktuell in sieben europäischen Ländern vertreten, unter anderem mit Produktionsstätten in Belgien, Frankreich, Rumänien, Russland, den Niederlanden, Ungarn und Kroatien. Mit rund 1.000 Mitarbeitern ist die Joris Ide Gruppe ein etablierter Hersteller von Stahlprodukten für die Bauwirtschaft und Zulieferer für Industrie, Landwirtschaft ebenso wie für den Wohnungsbau. > BSZ

## Kritik an der geplanten Bankenaufsicht

# „Erheblicher Nachbesserungsbedarf“

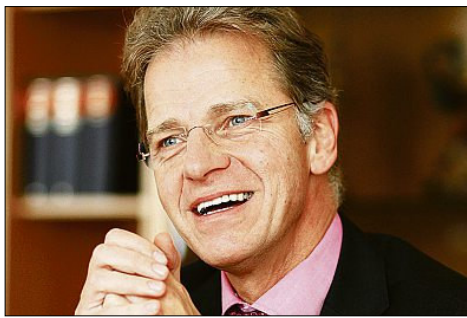
Anfang September hat die EU-Kommission in Brüssel ihre Pläne zu einer Bankenunion vorgestellt. Im Kern haben diese das Ziel, die über 6000 Banken der Euro-Zone unter die Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) zu stellen. Die EZB soll nach dem Verordnungsentwurf der Kommission bereits zum 1. Januar 2014 für alle Kreditinstitute der Euro-Zone zuständig sein.

Nach den Plänen der EU obliegen damit alle elementaren aufsichtsrechtlichen Aufgaben und Entscheidungen künftig der EZB. Darüber hinaus ist eine gemeinsame Einlagensicherung für die Eurozone angedacht. Diese Nachricht stößt gerade bei vielen Genossenschaftsbanken, zu denen auch die Sparda-Bank München zählt, und Sparkassen auf wenig Gegenliebe.

Grundsätzlich möchte ich festhalten: Die Sparda-Bank München steht zu einem geeinten Europa und zu unserer Gemeinschaftswährung, dem Euro. Diese Einheit und die Sicherheit der Menschen und ihrer Ersparnisse liegen uns sehr am Herzen. Doch das Vertrauen der Kunden in die Bankenbranche ist durch die Finanzkrise nachhaltig erschüttert worden.

Zu viele Missstände, zu viele Versäumnisse, zu viele Versprechungen – und auf der Gegenseite zu wenig Konsequenzen, zu wenig Regularien und zu wenig Krisenversacher, die Verantwortung übernehmen haben.

Wir von der Sparda-Bank München waren weder Auslöser der Krise noch haben wir diese beeinflusst.



Helmut Lind, Chef der Sparda-Bank München. FOTO DIETER MAYR PHOTOGRAPHY

Unsere Bank steht seit ihrer Gründung im Jahr 1930 für genossenschaftliche Werte, Stabilität und Sicherheit. Durch diese Werte und unsere regionale Ausrichtung genießen wir ein hohes Maß an Vertrauen in der Gesellschaft und bei unseren Kunden. Ein objektiver Beweis dieses ungebrochenen Vertrauens ist die jährliche Studie des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts ServiceBarometer AG: Bereits zum 20. Mal in Folge belegte die Gruppe der Sparda-Banken bei der aktuellen Auflage Platz 1 in der Kundenzufriedenheit.

Genau diese bodenständige und stabile Geschäftspolitik von uns und unseren genossenschaftlichen Partnern wird aber bei den EU-Plänen zur Bankenaufsicht nicht berücksichtigt. Oder wie lässt es sich ansonsten erklären, dass alle Banken – unabhängig von ihrer Größe

oder ihrem Geschäftsmodell – unter die Kontrolle der EZB gestellt werden sollen? Wir halten die europäische Bankenaufsicht im Kern für ein richtiges und wichtiges Instrument und eine längst überfällige Reaktion auf die Finanzkrise. Die Aufsicht schafft Vertrauen und Stabilität – zwei elementare Werte für ein solches sensibles Geschäft wie das der Bankenbranche.

Aber: Wir fordern Nachbesserungen und Differenzierungen: – Das neue System muss auch die Bedürfnisse regionaler und mittelständischer Banken berücksichtigen. – Risikoarmen Geschäftsmodellen muss bei den Aufsichtsplänen Rechnung getragen werden. – Um Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen müssen auch Banken aus Nicht-Euro-Ländern kontrolliert werden. – Den Implementierungsbeginn

am 1. Januar 2013 halten wir für unrealistisch. Ein solch komplexes Konstrukt muss sorgsam geplant werden.

Auch der Vorschlag zu einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung findet in der jetzigen Form nicht unsere Zustimmung. Die Sparda-Bank München ist seit jeher Mitglied in der genossenschaftlichen FinanzGruppe des Bundesverbands der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR). Er besteht seit fast 80 Jahren und unterhält ebenso lange ein leistungsfähiges Sicherungssystem.

Die angeschlossenen Kreditinstitute sind dadurch zuverlässig geschützt. Seit seiner Gründung hat noch kein Kunde seine Einlagen verloren. Dies zeigt, dass unser Sicherungssystem erfolgreich und auch für zukünftige Herausforderungen gut aufgestellt ist. Warum also ein funktionierendes nationales System durch eine unnötige globalisierte Strukturierung aufweichen und dessen Sicherheit dadurch gefährden?

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wir sehen bei den Plänen der EU zur Bankenunion und zur Bankenaufsicht dringenden Gesprächs- und umfangreichen Nachbesserungsbedarf. Und zwar mit denen, die mit ihrer Bodenständigkeit einen weitaus schlimmeren Verlauf der Finanzkrise verhindert und deren Geschäftsmodell durch ungebrochenes Kundenvertrauen bestätigt wird. Wir freuen uns auf den Dialog.

> HELMUT LIND

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München.

## ANZEIGE

REGIONALPARTNER  
EXTERNE DATENSCHUTZ  
BEAUFTRAGTE DR. KRASKA  
T 089 - 51 30 38 20 www.itr.de

## MELDUNGEN

### Arbeitslosenzahl sinkt

Nach zwei Monaten mit steigender Arbeitslosigkeit ist die Zahl der Jobsucher in Bayern wieder gesunken. Im September waren gut 237 500 Menschen auf Stellensuche, wie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit gestern in Nürnberg mitteilte. Das waren fast 12 000 oder 4,8 Prozent weniger als im August. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Punkte auf 3,5 Prozent.

### Audi bleibt im Aufwind

Nach einem guten Absatz im September sieht sich Audi weiter im Aufwind. „In diesem Jahr bestätigen wir ganz klar die 1,4 Millionen Einheiten“, sagte Audi-Boss Rupert Stadler gestern auf dem Autosalon Paris. Damit sei man angesichts der Krisen sehr gut unterwegs auf dem Weg zum Ziel, 2015 weltweit 1,5 Millionen Autos zu verkaufen. Von Januar bis August steigerte Audi seinen Absatz um 12,7 Prozent. Ähnlich gut sei der September verlaufen, sagte Stadler.

## INFO Aktienmärkte

Auf [www.bs2.de/wirtschaft](http://www.bs2.de/wirtschaft) kann man unter dem Titel „Risiko an – Risiko aus – Modus“ eine Aktienmarktseinschätzung der Fürst Fugger Privatbank nachlesen.

## Anheuser-Busch InBev verlängert Generalpachtvertrag

# Kontinuität und Zuverlässigkeit

Anheuser-Busch InBev wird auch zukünftig mit einer starken Gastronomie-Präsenz in München und Umgebung aktiv sein. Dazu hat der weltweit führende Brauereikonzern zur Stärkung seiner Münchener Traditionsmarken Spaten, Franziskaner und Löwenbräu den Generalpachtvertrag für mehr als 150 Gastronomieobjekte mit der Sedlmayr Grund und Immobilien KGaA um weitere zehn Jahre verlängert.

Chris Cools, Deutschlandchef von Anheuser-Busch InBev und Jobst Kayser-Eichberg, Aufsichtsratsvorsitzender der Sedlmayr Grund und Immobilien KGaA, vereinbarten vorzeitig eine Verlängerung der erfolgreichen Zusammenarbeit.

Der laufende Vertrag endet 2014, er wurde jetzt um weitere zehn Jahre bis 2024 verlängert. „Es freut mich, dass es gelungen ist, unsere intensive Zusammenarbeit auf weitere Jahre zu festigen. Für viele Pächter können wir damit hohe Kontinuität und Zuverlässigkeit mit der Brauerei und uns aufzeigen“, so Kayser-Eichberg.

„Unsere Münchener Marken spielen eine wesentliche Rolle für uns, ob Franziskaner als nationale Hauptmarke oder Spaten und Löwenbräu für die Heimatregion Bayern. Traditionsmarken brauchen ererbte Herkunft – ein bayerisches Gasthaus ist der beste

Ort, um dieses Gefühl zu vermitteln“, so Cools zur vorzeitigen Verlängerung der Zusammenarbeit. „Alle drei Marken entwickeln sich sehr positiv, diese Entwicklung wollen wir durch starke Präsenz in der Gastronomie absichern und ausbauen.“ In Gastronomieobjekten wie dem Spatenhaus an der Oper, der Waldwirtschaft in Großhesselohe oder dem Wirtshaus Fraunhofer, das seit 1774 existiert, werde bayerische Kultur in seinen verschiedenen Facetten erlebbar gemacht.

Mit einem jährlichen Bierausstoß von rund 2,4 Millionen Hektolitern und rund 500 Mitarbeitern ist die Münchener Spaten-Franziskaner-Löwenbräu-Gruppe eine der größten Brauereien in Bayern. Mit der nationalen Premiummarke Franziskaner Weißbier – der Nummer 1 im bayerischen Weißbiermarkt – und den beliebten Traditionsmarken Löwenbräu und Spaten ist sie als Inbegriff für über 600 Jahre Brautradition bekannt. Als Teil von Anheuser-Busch InBev Deutschland (mit Marken wie Beck's, Franziskaner oder Hasseröder und einem Gesamtabsatz von fast neun Millionen Hektolitern Bier die Nummer 2 im deutschen Markt) gehört sie zum weltgrößten Braukonzern. > FHH



Chris Cools und Jobst Kayser-Eichberg.

FOTO AB-INBEV

## IHK Nürnberg warnt vor gefälschten Zahlungsanweisungen

# Gefälschte Rechnungen aus China

Die IHK Nürnberg für Mittelfranken warnt vor gefälschten Zahlungsanweisungen aus China, die derzeit verstärkt in Bayern registriert werden. Bei konkreten Fällen in Franken versuchen die Betrüger, Unternehmen um Beträge zwischen 40 000 und 80 000 Euro zu prellen.

Das Vorgehen ist immer dasselbe: (Schein-)Unternehmen aus China geben sich als potenzielle Neukunden aus und senden Kaufanfragen an deutsche Firmen, die diese mit einem konkreten Angebot beantworten. Der

vermeintliche Kunde fordert daraufhin eine Proforma-Rechnung an, wie sie im internationalen Geschäftsverkehr üblich ist. Auf dieser werden jedoch zusätzlich die Unterschrift des Geschäftsführers sowie die Kontodaten abgefragt. Wenig später schicken die Betrüger eine schriftliche Zahlungsaufforderung an die Hausbank der deutschen Unternehmen, auf der die Unterschrift des Geschäftsführers täuschend echt gefälscht wurde. Bislang scheiterten die Betrüger nach Kenntnis der IHK an den aufmerksamen

Mitarbeitern der Geschäftsbanken. Diese wurden stutzig, weil belegte Zahlungsaufforderungen im internationalen Geschäftsverkehr heute eher selten verwendet werden.

Die IHK rät zu erhöhter Wachsamkeit bei Neugeschäften. Die Firmen sollten die Hausbanken veranlassen, belegte Überweisungen überhaupt nicht mehr bzw. nur nach Rückfrage auszuführen. Ausdrücklich warnt die IHK davor, eingescannte Unterschriften zeichnungsberechtigter Firmenvertreter weiterzugeben. > BSZ

# Jetzt im Handel: impulse mit impulse Wissen



In **impulse Wissen** bereitet die impulse-Redaktion im Zusammenspiel mit einem renommierten wissenschaftlichen Beirat alle drei Monate die besten Forschungsergebnisse zu Innovation, Management und Unternehmertum anschaulich und praxisnah auf.

Die aktuelle impulse-Ausgabe jetzt als Wendecover.



[www.impulse.de](http://www.impulse.de)